



Patientenvertreter nehmen Stellung

## Anhörung zum Versorgungsgesetz

Das Bundesgesundheitsministerium lud über 80 Verbände zur Erörterung des Referentenentwurfes zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen der gesetzlichen Krankenversicherung ein.

Geleitet wurde die Erörterung von Ministerialdirektor Dr. Ulrich Orłowski. Die Patientenvertreter kritisierten, dass das Gesetz zu Honorarsteigerungen bei den Ärzten führe, bestehende Versorgungsprobleme aber nicht löse. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) betonte, dass nicht beabsichtigt sei, das Gesetz zu einer „Gelddruckmaschine“ für Ärzte zu machen. Beim Thema der ambulanten spezialärztlichen Versorgung bezeichneten die Vertreter der Patienten den Entwurf als unausgegoren. Der SoVD kann sich in seiner abgegebenen Einschätzung bestätigt sehen. Gegen die Ausweitung der Satzungsleistungen der Krankenkassen bezog der SoVD eindeutig Stellung und zeigte die damit verbundene Gefahr der Reduzierung des Leistungsniveaus auf.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Reform der Arbeit des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA). Dabei konnten die Patientenvertreter vorbringen, dass ihre Stellung gestärkt werden müsse.

SoVD trifft Deutschen Bundeswehrverband

## Gemeinsames Engagement

Der SoVD lud Vertreter des Deutschen Bundeswehrverbandes (DBwV) zu einem Gespräch in die Bundesgeschäftsstelle.

SoVD-Präsident Adolf Bauer stellte dar, dass sich vermehrt deutsche Soldaten an den SoVD wenden, weil sie an den Folgen ihrer Kriegserlebnisse leiden. DBwV-Vorsitzender Ulrich Kirsch berichtete, dass verletzte oder traumatisierte Soldaten von ihrem Arbeitgeber Bundeswehr oftmals nicht bedarfsgerecht betreut würden. Der DBwV fordere daher die Einrichtung von Lotsen, die Verletzte und ihre Familien über ihre Ansprüche informieren und bei deren Geltendmachung unterstützen. Bauer verwies auf die Schwierigkeiten für Betroffene, da während ihrer Dienstzeit die Bundeswehr zuständig sei, für die Zeit danach aber Ansprüche über das Versorgungsamt geregelt werden müssten. Dies führe zu Schnittstellenproblemen. Die Gesprächsteilnehmer einigten sich auf ein künftiges gemeinsames Vorgehen, um die Versorgungssituation von verletzten Soldaten zu verbessern.



Foto: Herbert Schlemmer

**Adolf Bauer (re.) im Gespräch mit Vertretern des Deutschen Bundeswehrverbandes (DBwV).**

## SoVD im Gespräch

Mit Sachverstand und Nachdruck bringt der Sozialverband Deutschland (SoVD) sich in die politische Diskussion ein – und sorgt somit auf übergeordneter Ebene dafür, dass die Stimmen sozial Benachteiligter gehört und berücksichtigt werden. Das gilt besonders für die Interessen der Rentner, der gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Lesen Sie auf den Seiten 4 und 5 Berichte über die politische Arbeit in relevanten Gremien, über Gespräche mit Vertretern anderer Verbände, Institutionen und Interessensvertretungen.

Fachgespräch „Frauen auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft“

## Gleichstellung in der Arbeitswelt

Auf Einladung von Rita Pawelski, MdB, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nahm SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack am Fachgespräch „Frauen in der Arbeitswelt der Zukunft“ in Berlin teil.

Das Fachgespräch stellte Strategien auf europäischer und nationaler Ebene vor, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle abzubauen und den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Edda Schliepack diskutierte während der Veranstaltung mit der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Dr. Viviane Reding, und der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen. Darüber hinaus sprach Schliepack mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues. Sie bekräftigte die SoVD-Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn und nach glei-



Foto: Herbert Schlemmer

**Von links: Matthias Petschke (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland), Volker Kauder, Dr. Ursula von der Leyen, Edda Schliepack und Rita Pawelski.**

chem Lohn für gleiche Arbeit. Das Gespräch wurde von der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit der Vertretung der EU-Kommission durchgeführt.



**Kurz notiert + + + Kurz notiert + + + Kurz notiert +**

### Gespräch mit Ombudsfrau im BMG

Die Ombudsfrau zur Entbürokratisierung der Pflege, Elisabeth Beikirch, lud den SoVD im August zu einem Gespräch in das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ein.

Die Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack betonte dabei, dass eine umfassende Dokumentation in der Pflege aus Sicht der zu Pflegenden unverzichtbar sei. Problematisch an der Dokumentation seien vielmehr die doppelten Prüfungen seitens der Heimaufsicht und des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK). Hier müsse der gesetzgebende Wille zu gemeinsamen Prüfungen endlich umgesetzt werden. Die Ombudsfrau teilte diese Einschätzung und will dieses Problem einer Lösung zuführen.

### Pflege: Reform ist überfällig

Im Juli traf der Sprecherrat des Deutschen Behindertenrates zu einem Gespräch die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Annette Widmann-Mauz.

Im Mittelpunkt des Gespräches stand die Reform der Pflegeversicherung. Die Vertreter des Deutschen Behindertenrates (DBR) wiesen darauf hin, dass die überfällige Einführung eines teilhabebasierenden Pflegebedürftigkeitsbegriffs nicht zur Schlechterstellung einzelner Menschen mit Behinderung führen darf. Diskutiert wurden auch barrierefreie Arztpraxen und wie pflegende Angehörige besser unterstützt werden können. Widmann-Mauz zeigte sich an den DBR-Argumenten interessiert und forderte zum weiteren Einbringen auf.

### Jung und Alt gleich behandeln

Die Antidiskriminierungsstelle (ADS) wird sich ab 2012 jeweils ein Jahr einem Diskriminierungsmerkmal widmen, welches im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz genannt wird.

Diskriminierung wegen des Lebensalters steht 2012 im Mittelpunkt. Geplant sind Veranstaltungen und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, die gemeinsam mit Verbänden, Prominenten und Medien durchgeführt werden sollen. Zur Vorbereitung des Themenjahres fand ein Runder Tisch unter dem Vorsitz von Christine Lüders (Leiterin der ADS) statt. Daran nahm auch eine Vertreterin des SoVD teil, da der SoVD plant, sich im Jahr der Gleichbehandlung von Jung und Alt einzubringen – beispielsweise durch Fachveranstaltungen.